



Geldrechnungswiese: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 M., Familienanzeigen 100 M., Anzeigen 400 M., Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Donnerstag, den 31. Mai 1923.

Wozugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 M., monatlich. Postbezugspreis 3000 M., ohne Postgeld. Einzelnummer 120 M. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Ueber das deutsche Reparationsangebot wird in Berlin noch eifrig mit den Parteien, sowie Wirtschafts- und Arbeitnehmerorganisationen verhandelt. Die Sozialdemokraten lehnen das Angebot der deutschen Industrie ab, weil es Bedingungen an die Garantieleistungen knüpft, die gegen die sozialen Einrichtungen gerichtet seien.

Die Streikunruhen im Ruhrgebiet scheinen ihrem Ende entgegenzugehen zu wollen, nachdem die Lohnregulierung im Bergbau die lebhaftig wirtschaftlich Interessierten beruhigt hat, und die Unruheelemente durch die Polizei nach und nach beseitigt wurden.

Die französische Kammer hat mit großer Mehrheit die Ruhekreidite für Juni genehmigt, und damit die Gewaltpolitik Poincarés, wie zu erwarten war, gutgeheißen. Damit hat die Kammer zum Ausdruck gebracht, daß im jetzigen Augenblick keinerlei gegenwärtige Auffassung zum Austrag kommen dürfe. Wir werden jetzt womöglich noch schärfere Gewalt- und Erpressungsmahnahmen im besetzten Gebiet zu gewärtigen haben, denn Poincaré hat nun eine Blankovollmacht für seine Politik erhalten.

Von London aus ist wiederholt erklärt worden, daß die englische Regierung keinen Anlaß habe, zu der Reparationsfrage erneut Stellung zu nehmen, da Deutschland die Ansichten Englands kenne.

Die Internierung von über 10 Millionen Menschen.

Aus der Pfalz wird uns geschrieben: Obwohl nur ein geringer Teil der Bevölkerung des besetzten Gebietes bis jetzt das durch die Ordonnanz 167 vorgeschriebene Passivsum bezieht, einmal, weil die französischen Behörden in der kurzen zwischen der Veröffentlichung und dem Inkrafttreten der Verordnung liegenden Zeit die Abstempelung der Pässe garnicht bewältigen konnten und dann, weil die französischen Bezirksdelegierten sehr vielen Personen das Visum verweigert haben, ist die Sonderordonnanz Nr. 167 an dem vorgesehene Termin, dem 24. Mai, fast ausnahmslos in Kraft gesetzt worden. Damit ist der Verkehr der Bewohner des besetzten Gebietes, der wirtschaftlich schon seit Anfang dieses Jahres durch die französische Rheinpfalzgrenze von dem übrigen Deutschland abgelehnt ist, in durchaus völkerrechtswidriger Weise mit dem rechtsrheinischen Deutschland unterbunden und es ist jetzt mitten im Frieden derselbe Zustand wiederhergestellt, der während des Waffenstillstandes, als der Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ebenfalls gänzlich von der Willkür der französischen Besatzungsbehörde abhängig war. Die Sonderordonnanz Nr. 167 bedeutet in ihrer Auswirkung die Internierung von über zehn Millionen Menschen in der Rheinpfalz, in Rheinhessen, im Rheinland und im Ruhrgebiet. Dieses ganze Gebiet, das auf das engste durch Tausende von Beziehungen wirtschaftlicher und persönlicher Art mit seinem Mutterlande verknüpft ist, wurde zu einem großen Gefängnis, zu einem großen Internierungslager gemacht, dessen Verlassen oder Betreten von dem guten Willen der „Gefängnisverwaltung“, der französischen oder belgischen Behörden, abhängt, und in dem selbst die Bewegungsfreiheit der Insassen durch die Stilllegung des deutschen Eisenbahnverkehrs, durch die starke Einschränkung des Kraftwagenverkehrs und anderen französischen Verkehrserschwerungsmaßnahmen aufs stärkste beengt ist.

Der politische Zweck, den die Franzosen mit der Abschneidung der linksrheinischen Bevölkerung von ihrem Mutterlande verfolgen, liegt auf der Hand, zumal wenn man das französisch-separatistische Zusammenspiel in der Wiesbadener und Trierer Gegend in Betracht zieht und wenn man hört, unter welchen Vorwänden die Erteilung des Passivsums verweigert wird oder welche Bedingungen manche französische Behörde an die Genehmigung knüpft. Dafür heute nur einige Fälle, die für sich selbst sprechen. Den Reichs- und Staatsbeamten im besetzten Gebiet scheint das Visum von den Franzosen grundsätzlich verweigert zu werden aus Strafe, weil sie den französischen Befehlen nicht gehorchen, wie ein französischer Offizier erklärte. Auch Gemeindebeamten in der Pfalz haben bis jetzt kein Visum erhalten, nicht einmal die leitenden Personen der Stadtverwaltungen.

Eine Frau aus Speyer kommt mit ihrem Kinde zum Bezirksdelegierten (Louis Rive) in Speyer und bittet um den Genehmigungsvermerk, um mit ihrem Kinde zur Klinik nach Heidelberg fahren zu können, wo das Kind operiert werden soll. Der

Bezirksdelegierte schlug ihr das Gesuch mit der Begründung ab, dazu brauche sie nicht nach Heidelberg zu fahren, in Straßburg gebe es auch gute Chirurgen.

Alte Leute, denen das Reisen beschwerlich fällt, die aus der Südpfalz nach Heidelberg oder Karlsruhe fahren wollen, erhalten die Genehmigung nur über Ludwigshafen, damit sie gezwungen sind, die Franzosenzüge zu benutzen. Einen häufigen Grund für die Verweigerung des Genehmigungsvermerks bildet die Zurückweisung des Anstimmens, sich schriftlich zu verpflichten, fortan die Eisenbahn, die die französische Regie an sich gerissen hat, zu benutzen.

Diese wenigen hier aufgezeichneten Fälle sind typisch für den französischen Geist, dem die Sonderordonnanz 167 entsprang. Die Geschichte kennt kein Beispiel, daß über 10 Millionen Menschen mitten im Frieden interniert worden sind. Sie kennt keinen ähnlichen Gewaltakt, durch den eine so große Anzahl Menschen betroffen wird. Die persönliche und geistige Abschneidung von über 10 Millionen Menschen von ihren Stammesbrüdern wird jedoch ihren Zweck ebensowenig erreichen wie während des Waffenstillstandes im Jahre 1919.

Die Reparationsfrage.

Die Besprechungen in Berlin.

Berlin, 30. Mai. Der Auswärtige Ausschuss des Reichsrats hat sich heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in mehrstündiger vertraulicher Beratung mit der außenpolitischen Lage beschäftigt.

Berlin, 30. Mai. Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften haben sich, laut Abendblätter, heute vormittag mit dem Garantieangebot der deutschen Industrie an die Reichsregierung beschäftigt. Sie werden morgen offiziell dem Reichskabinett ihre Auffassung schriftlich übergeben.

Berlin, 31. Mai. Ueber die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichsrates melden die Blätter, daß neben den Reichsministern fast sämtliche Ministerpräsidenten der Länder persönlich erschienen waren. Der Reichskanzler habe über die Grundlinien des beabsichtigten deutschen Schrittes in der Reparationsfrage berichtet.

Der Garantievorschlag der Industrie.

Berlin, 30. Mai. Das dem Reichskanzler übermittelte Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu der Frage, in welchem Umfang und in welcher Form die Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Garantie für den Anleiheendienst in Gemäßheit des deutschen Angebots vom 2. Mai möglich sei, stellt zunächst fest, daß die unmittelbare Haftbarkeit gegenüber dem Ausland nach dem Versailler Vertrag und nach den völkerrechtlichen Grundgesetzen nicht erfolgen könne. Die Denkschrift betont, daß die industrielle Wirtschaft sich zu der für jeden Bürger selbstverständlichen Verpflichtung bekenne, für das im Staat verkörperte Vaterland bis an die Grenze der Tragfähigkeit einzutreten. Die Bereitschaft auch der Industrie zur Übernahme von großen Sonderlasten müsse von einer gleichzeitigen wirklichen Lösung des gesamten Problems der Reparationen nach außen wie nach innen hin abhängen. Vorbedingung sei die Erhaltung der vollen Substanz der für eine gesunde Wirtschaft unentbehrlichen staatlichen Vermögensobjekte, desgleichen Wahrung der Zollhoheit.

Würden die Reichs- und Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundgesetzen regeneriert und dauernd betrieben, so könnten aus diesen Betrieben in absehbarer Zeit jährlich etwa 600 Mill. Goldmark, bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herausgewirtschaftet werden. Der Umfang der subsidiären Bürgschaft der privaten Wirtschaft nach voller Auswertung der staatlichen Pfänder hänge in erster Linie von der Höhe der jeweiligen Mehrleistung des Staates ab. Die Garantie der Wirtschaft für diese Zuschbürgschaft könne nur in der Verpfändung ihrer Sachwerte liegen. Die Wirtschaft, und zwar ländlicher und städt. Grundbesitz, Industrie, Handel und Bankgewerbe könnten unter Anspannung aller Kräfte eine jährliche Zinsgarantie bis zum Höchstmaß von 500 Millionen Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren übernehmen. Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit, 40 Prozent der genannten Garantiesumme zunächst ohne Rücksicht auf das formale Kräfteverhältnis der Wirtschaftsguppen zu übernehmen. Als Pfand für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen komme nur der Besitz an unbeweglichem Vermögen in Betracht. Außerste Sparsamkeit im Innern einerseits und Einsetzung der vollen Kraft des Volkes für die Abbildung der Reparationslast durch Intensivierung der Arbeit sei Voraussetzung. Die zur Stabilität der Währung führende Wiedergewinnung der Aktivität der Zahlungsbilanz sei die unbedingte Voraussetzung für langfristige

Goldzahlungen eines verarmten Landes. Deutschland müsse ferner durch entsprechenden Aufschub der Zahlungen die Möglichkeit zur Stabilisierung seiner inneren Lage erhalten. Der deutschen Wirtschaft müsse die allen Staaten gewährte volle Bewegungsfreiheit im Verkehr mit dem Ausland und im Ausland selbst wieder zugewilligt werden. Angesichts der inneren Wirtschaftslage sei für die Übernahme der Verpflichtung unerlässliche Voraussetzung mit Bezug auf innere Wirtschaftsreformen u. a. Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft, einschließlich möglichen Abbaus der Außenhandelskontrolle, Umgestaltung der Steuergesetzgebung, insbesondere Hebung der Steuermoral, Erhöhung der Tariffreiheit bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages, Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes, Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen. Ohne sofortige Verwirklichung dieser Grundzüge seien alle Opfer des Volkes fruchtlos. Das Schreiben ist unterzeichnet von den Herren Sorge, Bücher, Ernst v. Borst, Duisberg, Frank, Hans Jordan, Peter Klöbner, Hans Krämer, Lammers, Piatsch, Reusch, Riepert, Silberberg, Fritz Thyssen, Karl Friedrich von Siemens, Hugo Stinnes und Bögl.

Die Sozialdemokratie gegen die Bedingungen der Industrie.

Berlin, 31. Mai. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion befaßte sich, dem „Vorwärts“ zufolge, gestern mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er billigte die Schritte der sozialdemokratischen Unterhändler, die Reichsregierung zu veranlassen, ein konkretes und substantiiertes Angebot zu machen, das Deutschland den Weg zu internationalen Verhandlungen eröffnen solle. Weiter befaßte sich der Fraktionsvorstand mit dem Angebot der deutschen Industrie, das er aufs entschiedenste ablehnte, da in diesem die selbstverständliche Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten von irgendwelchen Voraussetzungen oder Bedingungen abhängig gemacht werde. Darüber und über die Inanspruchnahme der Wirtschaft habe die Gesetzgebung zu entscheiden. Der Fraktionsvorstand wandte sich insbesondere gegen den Vorstoß der Industrie zum Zwecke des Abbaus der sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter und erklärte, daß er sich in diesem Punkt mit den Gewerkschaften vollkommen einig wisse.

Die Eisenbahnbeamten gegen die Kontrolle der Eisenbahnen durch das Ausland.

Berlin, 31. Mai. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ hat der Reichsverkehrsminister dem Hauptbeamtenrat seines Ministeriums nahegelegt, zu dem Angebot der deutschen Industrie Stellung zu nehmen. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Reichseisenbahnbeamten erklärte zu den Plänen des Auslands über die Verwallung der deutschen Eisenbahnen in einer Entschliefung mit Nachdruck, daß unter allen Umständen die Reichsbahnen im Besitze und im Betriebe des Reiches bleiben müssen.

Die englische Passivität.

London, 31. Mai. Auf eine Anfrage des nationalliberalen Unterhausmitglieds Spears wegen der Summe, die Deutschland für die Reparationen zahlen solle, erwiderte gestern Mac Neill im Unterhaus, die britische Regierung habe keinerlei Informationen, die sie zu der Annahme berechnen könnten, daß sie irgendwelche zweckdienliche Schritte im Augenblick unternehmen könne.

Keine Besprechungen in London und Berlin.

London, 30. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, sowohl in britischen, wie auch in deutschen amtlichen Kreisen würden nachdrücklich die Berichte in Uebereinstimmung gestellt, nach denen Erörterungen zwischen den beiden Regierungen und ihren Botschaftern in London bzw. Berlin stattgefunden hätten. Die britische Regierung habe von Anfang an klargestellt, daß sie alle derartigen Unterredungen ablehnen werde, sobald denn auch keinerlei Schritte in diesem Sinne von Berlin aus auch nur versucht worden seien.

Ein Reparationsvorschlag der britischen Handelskammern.

London, 31. Mai. „Evening Standard“ zufolge we den die drei Delegierten des Verbands der britischen Handelskammern auf dem geplanten internationalen Handelskammernkongress in London folgende Vorschläge unterbreiten: Gewährung eines Moratoriums für Deutschland für eine gewisse Zahl von Jahren, Festsetzung der Reparationssumme, die Deutschland innerhalb einer angemessenen Zahl von Jahren ohne Schaden für den Handel der alliierten Nationen zahlen kann, eine Form internationaler Anleihen für Deutschland und Sicherheit für Zinsen und Amor-

tifikation. Mit Bezug auf den letzten Punkt wird vorgeschlagen werden, daß Abgaben in Gold auf die Ein- und Ausfuhr gelegt werden. Dazu müßten die Alliierten eine internationale Kontrolle der deutschen See- und sonstigen Zölle vereinbaren.

### Zur Frage der französisch-belgischen Konferenz.

Paris, 30. Mai. Das „Journal des Debats“ teilt mit, daß der französisch-belgischen Konferenz, die am 6. Juni in Brüssel stattfinden soll, ausschließlich Ministerpräsident Poincaré und die belgischen Minister betwohnen werden. Mehrere Blätter hätten allerdings gemeldet, daß vielleicht Mussolini an den Besprechungen teilnehmen werde. Eine Bestätigung dieser Nachricht liege weder am Quai d'Orsay noch in offiziellen Kreisen vor. Mussolini könne übrigens nur an der französisch-belgischen Konferenz teilnehmen, wenn er von der belgischen Regierung eine Einladung erhalten habe, was jedoch nicht wahrscheinlich sei, da es sich keineswegs um eine interalliierte Konferenz, sondern um eine französisch-belgische Besprechung handle.

### Die britische Regierung und Saarfrage.

London, 31. Mai. Der „Manchester Guardian“ berichtet, die britische Regierung habe ein Memorandum an die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte gerichtet, in dem zum Ausdruck komme, daß die Lage im Saargebiet derart sei, daß eine Art von Unterdrückung nötig sei, damit die gegen die Völkerbundsverwaltung gerichteten Anschuldigungen zurückgewiesen oder im Gegenteil die Mißbräuche, über die Beschwerde geführt wurde, behoben werden könnten. Die britische Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht stehe um zu erreichen, daß die Saarfrage nicht hinter geschlossenen Türen erörtert werde, wenn sie demnächst vor den Völkerbund komme.

### Die französische Gewaltpolitik.

#### Annahme der Ruhrkredite in der französischen Kammer.

Paris, 30. Mai. Nach dem „Journal Officiel“ vollzog sich die Annahme der Ruhrkredite in der gestrigen Kammer Sitzung mit 461 gegen 73 Stimmen. In der Presse liegen nur wenige Stimmen zu der Abstimmung vor. Das „Echo de Paris“ schreibt, dieser Tage werde auch der Senat über die Ruhrkredite verhandeln. Es bestähe kein Zweifel, daß seine Abstimmung mit demselben Schwung und der gleichen Einmütigkeit wie die Kammer das tiefe Empfinden des Landes zum Ausdruck bringen werde. Die Aktion gegen Deutschland werde sich noch verschärfen und noch mächtiger und unwiderstehlicher werden. Könne der deutschen Regierung deutlicher zum Versehen gegeben werden, daß keine andere Lösung möglich sei als diejenige, die Poincaré in sichere Aussicht gestellt habe: Nachgeben — bezahlen? — Gustave Herod schreibt in der „Victoire“, die Kammer hätte nicht gezögert; sie hätte sich in geschlossener Reihe hinter Poincaré gestellt. Auf dem Gebiete der Außenpolitik sei Poincaré nicht geschlagen. Er sei es umso weniger, als der Präsident der Republik mit aller Entschiedenheit für ihn sei. Verwundbar mache ihn seine Innenpolitik wegen seiner ständigen Weigerung, zwischen der Innenpolitik Herriot-Poincaré-Caillaux und ihren sozialistischen und kommunistischen Verbindungen einerseits und der Innenpolitik des nationalen Bloks andererseits zu wählen. Tardieu greife ihn auf dem Gebiet an, wo er nicht zu schlagen sei. — Der „Quotidien“ spricht von einer bedauerlichen Abstimmung. Die Kammer sei berufen gewesen, sich gestern über die Ruhrkredite auszusprechen. Sie habe sie angenommen. Dieses Ergebnis habe man im Voraus gekannt. Der nationale Bloks habe dem Minister, der so gelehrig seine Politik mache, seine Mehrheit nicht verweigern können. Indessen müsse man sich wundern und bedauern, daß sich nur 67 Abgeordnete gefunden hätten, die gegen die Ruhrkredite protestierten. Die Radikalen hätten sich im allgemeinen gegen die Bezeugung ausgesprochen. Sie hätten sie als unwirksam und gefährlich verurteilt. Wenn aber der Chef der Regierung sie vor die Forderung stelle, zu einer Abstimmung Stellung zu nehmen, so verlor sie den Mut und ließen ihre Überzeugung im Stich. Das heiße, sich das Spiel mit der öffentlichen Meinung leicht machen, das Spiel vor allem auch mit dem öffentlichen Interesse. — Das „Petit Journal“ hebt als wesentlichen Punkt der Rede Poincarés seine Erklärung hervor, daß nach seinen Informationen der Augenblick, wo Deutschland kapitulieren müsse, nicht mehr sehr ferne sei. — Der „Figaro“ erklärt, die Kammer habe Poincaré durch ihren Beifall die Blankodollmacht erneuert, damit er im Ruhrgebiet seine Politik der Gebuld (?), Ruhe und Festigkeit forsetze. — Die am Dienstag in unserem Leitartikel zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die Kammer Poincaré aus Gründen des außenpolitischen Prestiges nicht fallen lassen würde, bestätigt sich durch die Abstimmung wie durch das Echo der Presse.

#### Die systematische Unterbindung der Tätigkeit der führenden Beamten.

Düsseldorf, 30. Mai. Heute früh um 7 Uhr ist Oberregierungsrat Henken, der Stellvertreter des ausgewiesenen Regierungspräsidenten, in seiner Wohnung verhaftet worden. Der Grund der Verhaftung liegt in dem an den französischen General wegen der Verhaftung des Oberregierungsrats Lutterbeck gerichteten Einspruch. Anstelle von Henken ist als Vertreter Oberregierungsrat Tiemann bestellt worden.

Düsseldorf, 31. Mai. Geh. Regierungsrat Dr. Beckrath, Landrat des Kreises Düsseldorf, wurde gestern nachmittag von den Franzosen verhaftet. Die Weiterführung der Geschäfte des Landratsamts hat der Kreisdeputierte Melies übernommen. Rederath wurde ins Militärgefängnis übergeführt.

#### Planmäßige Ausraubung und Zerstörung eines Stahlwerks.

Berlin, 31. Mai. Einer Blättermeldung aus Duisburg zufolge haben die Franzosen die von ihnen besetzten Werke

der Rheinstraße-AG. wieder geräumt, nachdem sie alles, was transportabel war, weggeführt hatten. Nach einer Berechnung der Direktion der Werke ist durch Plünderung und Sabotage ein Schaden von etwa 40 Milliarden Mark angerichtet worden.

#### Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Düsseldorf, 30. Mai. Die Franzosen haben auf mehreren Straßenbahnlinien den Verkehr stillgelegt, weil auf den Strecken ohne ihre Genehmigung Kohlen befördert wurden. Unter diesen Linien ist auch Linie 3, die den Verkehr zu dem allein in Betrieb befindlichen Bahnhof Düsseldorf-Gerresheim bewältigt. Um der Bevölkerung zu helfen, beantragte die Rheinische Bahngesellschaft, daß ihr die Durchführung der Linie 14 bis zum Bahnhof Gerresheim gestattet werde. Der französische General hat den Antrag jedoch rundweg abgelehnt. — In der Nacht zum 1. Mai wurde in der Kölner Straße eine Fernsprechkleitung zerstört. Der Täter wurde noch nicht entdeckt. Nunmehr haben die Franzosen der Stadt Düsseldorf abermals eine Geldstrafe von 25 Millionen Mark auferlegt. Wegen der Zerstörung der Fernsprechkleitung ordneten die Franzosen die Verhaftung von zwei beliebigen Eisenbahnbeamten an. Da sie dieser Beamten nicht habhaft werden konnten, wurden jetzt zwei andere als Ersatz verhaftet.

Ludwigshafen, 30. Mai. Von heute abends 8 Uhr an bis einschließlich 7. Juni abends 8 Uhr ist jeder Verkehr über die Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen und über die Altripper Fähre gesperrt. Außerdem wird im Bezirk Ludwigshafen bis auf weiteres jeder Verkehr mit Kraftwagen oder Rädern aller Art vollkommen untersagt. Für die Ortschaften Mutterstadt und Rhein-Wönnheim ist ein Nachtverkehrsverbot von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens angeordnet worden. Diese außerordentlich schweren Eingriffe der französischen Behörden in das Verkehrsleben werden auf angebliche Sabotageakte zurückgeführt, die in den letzten Tagen gegen Eisenbahnen in der Pfalz verübt worden sein sollen.

### Die Streik- und Feuerunruhen im besetzten Gebiet.

#### Die Opfer der Streikunruhen.

40 Tote — 300 Schwerverletzte.

Berlin, 31. Mai. In einer Meldung aus Essen stellt die „Vossische Zeitung“ fest, daß bei den kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet etwa 40 Tote zu beklagen sind. In den Krankenhäusern des Ruhrgebiets liegen 300 mehr oder weniger schwer Verletzte.

#### Günstige Einwirkung des Lohnabkommens im Bergbau auf die Streikunruhen.

Essen, 30. Mai. Das Lohnabkommen im Bergbau verheißt, trotzdem es sich bei den jüngsten Vorkommnissen im Ruhrgebiet nicht um eine allgemeine Lohnbewegung im Bergbau handelte, seine Wirkung im Ruhrgebiet nicht. Auf den meisten Zechen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, auf den übrigen ist die Wiederaufnahme in kurzer Frist zu erwarten. Die Zentralleitung, in der sich nach den Feststellungen der Gewerkschaften kein Mitglied der großen Bergarbeiterverbände befindet, fordert selbst, dem allgemeinen Druck nachgebend, in einem Aufbruch zum Abbruch des Streiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Gleichzeitig mit der Arbeitswiederaufnahme trat eine allgemeine Beruhigung im Ruhrgebiet ein, wenn auch noch nicht überall die geordneten Zustände im vollen Umfang wiederhergestellt werden konnten. Die Gefahr eines Wiederaufstehens der Aufrührerbewegung besteht indessen immer noch, ebenso die Gefahren, die durch die widerrechtliche Vernichtung des politischen Schutzes in den großen Städten hervorgerufen worden sind. In einer Reihe von Städten des Ruhrgebiets wird zur Zeit über die Bildung eines Selbstschutzes verhandelt, an dem alle Bevölkerungsschichten beteiligt sein sollen. Durch die Unruhen der letzten Tage, deren Ausdehnung in der Hauptsache an der ablehnenden Haltung der Bevölkerung und insbesondere der organisierten Arbeiterschaft scheiterte, ist zweifellos erheblicher materieller Schaden verursacht worden. Die Front des passiven Widerstands konnte aber dadurch nicht erschüttert werden.

#### Wiedereinkehr der Ruhe in den Städten des Ruhrgebiets.

Berlin, 31. Mai. Wie die Blätter aus Elberfeld melden, ist nach den bis heute vormittag 10 Uhr dort eingelaufenen Meldungen in den meisten Städten des Ruhrgebiets die Arbeit wieder aufgenommen worden. In der Nacht und im Laufe des Vormittags ist eine große Anzahl von kommunistischen Führern, namentlich russische Elemente, von der Polizei verhaftet worden. Alle kommunistischen Versammlungen, desgleichen alle Versammlungen unter freiem Himmel, sind verboten. Die Polizeistellen sind angewiesen worden, die kommunistischen Hundertschaften auf das Schärfste zu bekämpfen.

#### Die Franzosen für die Unruhen im Ruhrgebiet verantwortlich.

Berlin, 31. Mai. In einer Unterredung mit dem Berichtsführer eines Abendblatts erklärte der Regierungspräsident von Düsseldorf, Grünher, daß die volle Schuld an den Ruhrunruhen die Franzosen treffe, die durch die Verdrängung der Schutzpolizei und die systematische Aushungerung des Ruhrgebiets den Boden für den kommunistischen Terror geschaffen hätten. Infolge der Niederlegung der Arbeit, die durch Terrorakte der Kommunisten, Syndikalisten und Unionisten erzwungen wurde, seien überdies hundertaufende von Arbeitern mit ihren Familien fast aller Vorräte beraubt, da die Zechen, Hüttenwerke usw. vom Tage der Arbeitsniederlegung an keinerlei Lohnzahlung mehr leisteten. Es sei also von den Franzosen eine Atmosphäre geschaffen, die den typischen Nährboden einer Bolschewisierung dieses Gebiets bilden müsse.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 31. Mai 1923.

#### Vom Rathaus.

\* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß G ö s n e r fand am Dienstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. — Der allgemeine Feuerungszuschlag für die Staatsbeamten beträgt ab 12. Mai 1220 Prozent, ab 17. Mai 1700 Prozent, der Durchschnittssatz 1460 Proz. Die städtischen Beamten sollen entsprechende Zuschläge erhalten. Auch die Feuerungszuschläge der nichtständigen Beamten sollen diesen Verhältnissen angepaßt werden. — Ab 21. Mai sind die Löhne der Gemeindearbeiter ebenfalls erhöht worden, und zwar für Calw in Lohnklasse I auf 1829 M pro Stunde, in Lohnklasse II 1696 M, in Lohnklasse III 1663 M. Die Löhne gelten bis 3. Juni. — Mit Wirkung vom 14. Mai ab werden die im Februar neu festgestellten Löhne für die Waldarbeiter erhöht. Arbeiter über 20 Jahren erhalten 1700 M, von 18 bis 21 Jahren 1270 M, unter 18 Jahren 970 M. — Die Urlaubsverhältnisse für die städtischen Beamten wurden nach dem Vorschlag des Vorsitzenden wie im Vorjahr geregelt. Die Urlaubszeit ist geringer als bei den Staatsbeamten. — Einen großen Raum der Beratungen nahm die Frage der Stellungnahme zu den Bedingungen der Amtskörperschaft für die Leistung eines Beitrags zum Schulhausbau ein. Der Bezirksrat hat nach dem Vortrag des Vorsitzenden am Samstag zur Frage der Gewährung eines Beitrags zum Schulhausbau folgende Grundzüge und Bedingungen aufgestellt: Die Stadt soll Bauherrin des Gebäudes sein, und Eigentümerin des Baus bleiben. Die Amtskörperschaft werde sich nur an den Kosten des Hochbaus beteiligen, nicht dagegen an den Kosten der Ausstattung der Räumlichkeiten für Schulzwecke. Die Unterhaltung des Gebäudes stehe der Stadt zu, die Amtskörperschaft werde nur einen prozentualen Zuschuß leisten. Nicht angerechnet bei Feststellung des Beitrags werden dürfe der Preis für das Gelände des Bauplatzes, die Herstellung der Zufahrt und der Zugänge, einschließlich des Staffelaufgangs, was also alles auf Kosten der Stadt gemacht werden solle, ebenso der Aufwand für die Zufuhr von Wasser, Gas und Elektrizität und für die Abwasserableitung außerhalb des Gebäudes. Auch die nötigen Steine sollen, — soweit brauchbar — aus dem städtischen Steinbruch zur Verfügung gestellt werden. Als besondere Bedingung wurde auch genannt, daß bezüglich der Bezahlung des Schulgeldes die Schüler des Bezirks nicht anders behandelt werden dürfen wie die Schüler der Stadt Calw, ebenso bei der Badenreinigung. Der Bezirksrat mache es fernerhin der Stadtgemeinde zur Pflicht, alle Aufwendungen auf den Neubau auf das Notwendigste zu beschränken. Auch wurde verlangt, daß fremde Bauunternehmer und Handwerker, auch solche außerhalb des Bezirks grundsätzlich zu den Lieferungs- und Arbeitsvergebungen zugelassen werden. In der Vergebungskommission sollen zwei Bezirksratsmitglieder vertreten sein. Wenn bei einer Vergebung gegen die Stimmen der Bezirksvertreter nicht das geringste Angebot berücksichtigt werde, solle die Stadt die Differenz bezahlen. Als Bezirksvertreter in der Kommission wurden Oberamtmann G ö s und Oberamtsbaumeister R i d e r e r vorgelesen. Die örtliche Bauleitung solle einem selbständigen, vom Stadtbauamt unabhängigen Bauführer übertragen werden, da bei Uebernahme dieses Amtes keine andere Arbeit mehr geleistet werden könne. Staatsbeiträge, Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge sowie von Privaten zum Schulhausneubau müßten in erster Linie an den Kosten des Hochbaus abgeschrieben werden. Oberamtmann G ö s habe auch darauf aufmerksam gemacht, daß nach einem demnächst erscheinenden Gesetz die landwirtschaftlichen Winterschulen in den Aufgabekreis der Amtskörperschaft übergehen, und daß der Bezirksrat damit rechnen, daß die Stadt ihm für die Unterbringung der Winterschule ein entbehrlich werdendes Gebäude käuflich überlasse. Außerdem wünsche man einen Bauplatz für einen Schuppen zur Unterbringung der amtskörperschaftlichen Baumaterialienverwaltung. Der Vorsitzende bemerkte zu den Bedingungen, daß man sich mit ihnen im allgemeinen einverstanden erklären könne. Was die Abtretung eines städtischen Gebäudes anbelange, so habe man zuerst an die ehemals Dreißische Brauerei gedacht. Aber dieses Gebäude werde auf die Dauer doch kein Heim für die landwirtschaftliche Winterschule sein. Auch könne die Stadt das Gebäude deshalb nicht verlaufen, weil der Saal für Calw ein wirkliches Bedürfnis sei. Als weitere Möglichkeit sei an die Abtretung des Gewerbeschulgebäudes gedacht worden, da die Winterschule das Bedürfnis nach zwei großen Sälen habe und Gewerbeschulrat A l d i n g e r andererseits auf die Notwendigkeit der Bereitstellung eines weiteren Klassenzimmers angelegentlich der dauernd zunehmenden Zahl der Schüler hingewiesen habe. Die Gewerbeschule zähle jetzt 341 Schüler, darunter sei allerdings über die Hälfte aus dem Bezirk. Der Schulvorstand habe sich jedoch gegen den Eintauch der Gewerbeschule gegen die Realschule (Feuerwehrmagazin) ausgesprochen. Der Verkauf des Feuerwehrmagazins werde ebenfalls kaum in Betracht kommen, da man die Feuerwehrkassen kaum wo anders unterbringen könne. Es käme also wohl nur das Rektoratsgebäude des Realprogymnasiums (bei der Stadtkirche) für die Abtretung in Betracht, wobei jedoch die Bedingung gestellt werden müßte, daß sowohl die Rektoratswohnung wie das Amtszimmer noch auf einige Jahre reserviert bleiben müßten. Was das Inventar der landwirtschaftlichen Winterschule anbelange, so sollen nur die entbehrlich werdenden Gegenstände verkauft werden, ebenso von der Realschule. Als Bauplatz für den Schuppen der amtskörperschaftlichen Baumaterialienverwaltung wird der hochwasserfrei-

theiß G ö h n e r  
liche Sitzung des  
enerungsanschlag  
ai 1220 Prozent,  
tsatz 1460 Proz.  
de Zuschläge er  
er nichtständig  
epaft werden. —  
rbeiter ebenfalls  
ohnklasse I auf  
96 M. in Lohn-  
3. Juni. — Mit  
Februar neu fest-  
erhöht. Arbeiter  
3 bis 21 Jahren  
Die Urlaubsver-  
urden nach dem  
rgerregelt. Die  
beamteten. —  
in die Frage der  
Amtskörperschaft  
ausbau ein. Der  
Vorstand am  
s Beitrags zum  
bedingungen auf-  
bundes sein, und  
Amtskörperschaft  
beteiligen, nicht  
der Räumlich-  
des Gebäudes  
werde nur einen  
rechnet bei Fest-  
zufahrt und der  
was also alles  
olle, ebenso der  
s und Elektrizi-  
als des Gebäu-  
eit brauchbar —  
ung gestellt wer-  
genannt, daß  
die Schüler des  
dürfen wie die  
benötigung. Der  
ogemeinde zur  
u auf das Not-  
ngt, daß fremde  
öche außerhalb  
s- und Arbeits-  
Vergabungskom-  
retreten sein.  
Stimmen der  
gebot berück-  
renz bezüglichen  
wurden Ober-  
R i d e r e r vor-  
selbständigen,  
er übertragen  
ine andere Ar-  
sbeiträge, Zu-  
sorge sowie von  
erster Linie an  
den. Oberamt-  
gemacht, daß  
die landwirt-  
reis der Amts-  
girtsrat damit  
gung der Win-  
e käuflich über-  
splatz für einen  
rperkschaftlichen  
e bemerkte zu  
n allgemeinen  
breitung eines  
n zuerst an die  
dieses Gebäude  
die landwirt-  
Stadt das Ge-  
l für Calw ein  
lichkeit sei an  
ebacht worden,  
i großen Sälen  
dererseits auf  
weiteren Klas-  
nden Zahl der  
ule zähle jetzt  
die Hälfte aus  
doch gegen den  
schule (Feuer-  
auf des Feuer-  
tracht kommen,  
anders unter-  
das Rektorats-  
Stadtkirche) für  
Bedingung ge-  
swohnung wie  
erziert bleiben  
sächlichen Win-  
schlich werden  
von der Reaf-  
er amtskörper-  
d der hochwas-

ferfreie Spielplatz am Walkmühlweg vorgeschlagen, da der Platz vor dem Dreißigen Gebäude erstens für das Weisliche Bierdepot nötig ist und zweitens einmal später dazu dienen soll, den Garten der Spöhrerschen Handlungsschule als städtische Anlage fortzuführen. — In der Aussprache wurde seitens der Redner aller Fraktionen zum Ausdruck gebracht, daß die Bedingungen des Bezirksrats ziemlich weitgehend und beengend für die Stadt Calw seien. Es wurde aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß, wie Oberamtmann G ö s betont habe, die Verhandlungen in freundschaftlicher Weise zum Zwecke des Ausgleichs der Interessen geführt werden möchten. Bezüglich des Anteils des Bezirks an dem Schülerbesuch im Realprogymnasium ist einer Statistik zu entnehmen, daß in den letzten 11 Jahren 2607 Schüler die Schule besucht haben, darunter aus Calw 1704, aus dem Bezirk 712, aus andern Oberamtsbezirken 191; der Prozentsatz ist also für Calw 65,4, für den Bezirk 27,3 und für den Besuch von außerhalb des Bezirks 7,3. Das Kollegium einigte sich schließlich auf den Vorschlag des Vorsitzenden, sich **grundfänglich bereit** zu erklären, das Rektoratsgebäude abzutreten, unter Vorbehalt des Rechts der Zinanspruchnahme der Rektorswohnung und des Amtszimmers für einige Jahre, den dem heutigen Werte entsprechenden Preis entweder bar zu verlangen, oder aber in einer der Geldentwertung Rechnung tragenden beweglichen Summe. Zur Finanzierungsfrage leitete der Vorsitzende noch mit, daß von der Landespartasse vielleicht ein Darlehen, allerdings zu sehr schweren Bedingungen zu erhalten sei, daß von Seiten des Forstamts Hirsau bezüglich des Wunsches der wirtschaftlichen Einschätzung des städtischen Waldbestandes zu Zwecken eines weiteren außerordentlichen Holzabzuges die Zusage eines Umgangs eingegangen sei, und daß man bei Gewährung eines Beitrags durch die Amtskörperschaft sowie nach dem Verkauf eines städtischen Gebäudes wohl in der Lage sein werde, die Ausführung des Baus auf längere Zeit hinaus zu finanzieren. **GR. Ma n** machte auch darauf aufmerksam, daß die Krankenkassen, die jetzt erneut verpflichtet worden seien, Reserveanlagen größeren Umfangs anzulegen, gegen wertbefähigende Sicherheiten wohl auch größere Summen zu vergeben bereit seien.

Das Kollegium beschäftigte sich sodann mit dem neu ausgearbeiteten Entwässerungsplan der Kapellenbergiedung. Wie vom letzten Gemeinderatsbericht noch bekannt sein dürfte, hatte das Stadtbauamt aus Gründen der Sparsamkeit anfangs vorgeschlagen, das Abwasser von den Siedlungshäusern vom Anwesen des Bahnwärters Bäcklein durch einen Durchstich des Bahndamms direkt zum Adolfschen Garten offen in die am Kirchhof vorhandene Dohle laufen zu lassen, während **GR. P f r o m m e r** im Hinblick darauf, daß auf der andern Seite des Bahndamms voraussichtlich ebenfalls Häuser erstellt werden, die Abwasserleitung zusammen mit der Gas- und Wasserleitung nicht direkt vom Bäckleinschen Anwesen sondern in die Straßensfahrt am Bahndurchschlag gelegt wissen wollte. Das Stadtbauamt schlägt nun vor, eine 40 Zentimeter weite Dohle für das Abwasser von der Ecke des Schneiderschen Grundstücks entlang dem Bogen am Bahndurchschlag bis zur bestehenden Dohle in der Straße zu legen, und dabei gleichzeitig auch die Gas- und Wasserleitung anzuschließen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Im Hinblick auf die dauernd steigenden Preise hatte das Stadtbauamt im Benehmen mit dem Stadtschultheißenamt und 2 Mitgliedern des Kollegiums die notwendigen 200 Meter Röhren gekauft, und zwar, da die Angebote einer hiesigen und einer auswärtigen Firma um 2 Million. differierten, größtenteils bei der auswärtigen Firma, die um diese Summe billiger war. Bei Gelegenheit der Erörterung dieses Kaufs warf im Hinblick auf eine diesbezügliche Eingabe des Bezirkshandels- und Gewerbevereins **GR. S a n n w a l d** nochmals grundsätzlich die Frage auf, wie sich das Kollegium bei Vergabung von Arbeiten und Lieferungen zu verhalten habe. Seiner Ansicht nach habe der Gemeinderat, wenn es sich bei der Zuteilung um größere Unterschiede — den heutigen Geldverhältnissen entsprechend — handle, die Pflicht, das billigste Angebot zu berücksichtigen, und das Kollegium könne sich dabei keine Vorbehalten gefallen lassen. Selbstverständlich sei, daß bei geringeren Unterschieden die hiesigen Firmen vorgezogen würden. Der Vorsitzende bekannte sich zu demselben Standpunkt, und bedauerte es, daß die mancherlei Kritik an der Vergabung von Lieferungen den Eindruck habe erwecken können, als ob das Stadtschultheißenamt oder das Stadtbauamt ein Interesse an diesen Vergabungen hätten. Von allen Seiten wurde der von den Vorrednern vertretenen Auffassung zugestimmt, und dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Leitung des Gewerbevereins möchte bei den Mitgliedern darauf wirken, daß sie der Steigerung des Gemeinderats für die Interessen der Stadt Verständnis entgegenbringen. — **Ab 1. Juni** wurde der Erzeugerpreis für Milch von 500 auf 650 M. herausgesetzt, der Verkaufspreis beträgt von diesem Zeitpunkt ab 840 M. Nach den Mitteilungen der Gas- und Elektrizitätswerksverwaltung müssen die **Gas- und Strompreise** ebenfalls weiter der Teuerung angepaßt werden. Vorgezogen ist die Erhöhung des Gaspreises in Calw von 700 auf 800 M. in Hirsau von 750 auf 850 M., die Erhöhung des Strompreises für elektrisches Licht von 900 auf 1000 M. und für Kraft von 700 auf 800 M. Der Kokspreis soll auf 15 000 M. erhöht werden, der für Bohnenfots auf 13 000 M. — Die städtische Fließbadanlage wird demnächst wieder eröffnet. Das Ausschlagen allein erfordert einen Aufwand an Löhnen in Höhe von 400 000 M. Die Preise für die Benützung des Bades sind folgende: Schwimmbad für Kinder 10 M., für Erwachsene 100 M., Kabinenbad 400 M. Geschlossene Schulklassen sind wie bisher von dem Eintrittsgeld befreit.

**Ruhekinder.**

Ueber 6000 Familien haben sich in Württemberg zur Aufnahme eines Kindes aus den besetzten Gebieten bereitgefunden. Die maßgebenden Stellen sind gegenwärtig mit der Auswahl der zur Entsendung kommenden Kinder und ihrer Verteilung auf die einzelnen Bezirke beschäftigt. Die Pflegetellen tun gut, sich auf die Aufnahme des Gastes einzurichten.

**Württembergische Hilfsstelle für Vertriebene.**

Die bisherige „Württembergische Hilfsstelle für die aus Elsaß-Lothringen und den übrigen Grenzländern Vertriebenen“ führt in Zukunft die Bezeichnung „Württ. Hilfsstelle für Vertriebene“. Ihr obliegt wie bisher die Fürsorge (geldliche Fürsorge, Wohnungsfürsorge, Arbeitsvermittlung, Beratung) für alle Vertriebenen aus den an andere Mächte abgetretenen ehemaligen Gebieten des Deutschen Reichs, für die aus den besetzten und Einbruchsgebieten Verdrängten, soweit sie sich in Württemberg aufhalten. Die Fürsorge für die Reichsangehörigen und deutschstämmigen infolge des Kriegs aus dem Ausland Verdrängten einschl. der an der weiteren Niederlassung in der Schweiz verhinderten deutschschweizer Wehrmänner (Auslanddeutsche) wird wie bisher von der „Württ. Hilfsstelle für Auslandsdeutsche“ ausgeübt.

**Die Frage der Auswanderung.**

Direktor Dr. Straubinger-Stuttgart hielt im vollbesetzten Spritzenhausaal in Calw einen Vortrag über Deutschland im Ausland und die neue Auswanderung. Der Vortrag war zunächst nur für die katholische Gemeinde berechnet, hatte jedoch auch andere Zuhörer angezogen. Außerhalb unserer Reichsgrenzen befinden sich etwa 30 Millionen Deutsche, mit denen wir bisher recht wenig Verkehr hatten; etwa 20 Millionen davon sind Katholiken. Die Anbahnung besserer Verbindung mit dem Stammland ist eine wichtige Angelegenheit. Für die Auswanderung, die gegenwärtig ziemlich stark einsetzt, gab er u. a. folgende hehrzigenwerte Regeln: 1. Nur auswandern, wer wirklich muß; 2. nicht für immer auswandern; 3. im Ausland deutsche Gesinnung bewahren; 4. sich vorher beraten lassen. Die Aussichten in den einzelnen Staaten (Kanada, Vereinigte Staaten, Brasilien, Argentinien) beleuchtete er sehr eingehend und warnte vor allzu großem Optimismus. Die Ausführungen wurden mit sehr großem Beifall aufgenommen.

**Wagengestellung.**

Der Marktsturz und die angeforderten Tarifierhöhungen haben eine starke Verkehrswelle hervorgerufen. Der z. Zt. zur Verfügung stehende, wegen der Ruhrbesetzung stark geschwächte Wagenpark reicht für diese in allen Bezirken der Reichsbahn aufgetretene Verkehrssteigerung nicht aus, so daß bei nahezu allen Gattungen scharfer Mangel eingetreten ist. Neben dem starken Versand von Industrieerzeugnissen ist insbesondere auch ein großer Wagenbedarf für Baustoffe aller Art festzustellen. Dazu kommen noch beträchtliche Mengen von Raufutter, von landwirtschaftlichen Maschinen und von Brennholz. Die Anforderungen übersteigen die des vergangenen Herbstverkehrs um ein beträchtliches; Verzögerungen in der Wagengestellung sind nicht zu vermeiden. Die Betriebslage ist günstig. Sperren und Störungen sind im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart nicht aufgetreten; dagegen sind zahlreiche Grenzbahnhöfe und bedauerlicherweise die Zufahrtswege nach dem Ruhrbezirk wegen Stauungen gesperrt.

**Die Vertreterversammlung des Württ. Beamtensbundes.**

Am 27. Mai fand die jährliche Hauptversammlung des Württ. Beamtensbundes unter Anwesenheit der Vertreter von rund 40 000 württembergischen Landes-, Reichs- und Gemeindebeamten statt; außerdem waren die Vertreter der Orts- und Bezirksgruppen aus dem ganzen Lande anwesend. Aus dem Tätigkeitsbericht war zu entnehmen, daß der Bund ohne Schwächung aus den Organisationskämpfen des letzten Jahres hervorging, daß die auf dem Boden des öffentlich-rechtlichen Berufsbeamtenstands stehenden Organisationen heute fester als je innerhalb des Bundes zusammengeschlossen sind und daß das Hereintragen parteipolitischer Bestrebungen in die Berufsvereine mit aller Bestimmtheit abgelehnt wird. Es wurde eine große Anzahl allgemeiner Beamtensfragen einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die klare Haltung des Bundes in den Besoldungsfragen, die energischen Schritte des Bundes bezüglich der Ortsklasseneinteilung und der Sonderzuschläge waren geeignet, die Wogen der Erregung, die infolge der immer unzureichenderen Besoldung und der namentlich durch die Sonderzuschläge herbeigeführten unhaltbaren Zustände recht hoch zu gehen drohten, einigermassen zu glätten. Die maßgebenden Stellen, namentlich das Reichsfinanzministerium, dürfen sich aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nunmehr Taten erwartet werden und daß man sich innerhalb der Beamtenschaft mit schönen Worten nicht länger begnügt. Die Haltung der württ. Regierung in der Frage der Sonderzuschläge sowie bezüglich der neuesten Vorgänge auf dem Gebiete des Besoldungssperzuges wurde anerkannt. Von der Stellung der württ. Regierung in der Frage der Notstandsbeihilfen sowie der von dem Finanzminister im Laufe dieses Jahres beabsichtigten Vorlage betr. Verringerung der Besoldungsordnung wurde Kenntnis genommen. Lebhafteste Beunruhigung löste die ablehnende Haltung des Finanzministers sowie des Finanzausschusses des Landtags in der Frage der Umwandlung von Hilfsstellen in planmäßige Stellen aus; die Beamtenschaft versteht diese, mit keinen stichhaltigen Gründen zu rechtfertigende Haltung nicht und erwartet dringend die Befriedigung der sachlich gerechtfertigten Wünsche. In sämtlichen wichtigen Beamtensfragen wurden Beschlüsse gefaßt, die den Weg des Bundes für die Zukunft bezeichnen. Die neu ins Leben getretene Krankenfürsorgekasse sowie die Darlehns-

und Wirtschaftskasse des Bundes wurden von allen Seiten als segensreiche Einrichtungen begrüßt; es wurde gewünscht, daß die gesamte Beamtenschaft der Krankenfürsorgekasse beitreten möge. Auf dem Gebiet des Beamtenrechts wurde an der Grundeinstellung, die auf dem Treueverhältnis des Beamten zum Staat beruht, eine Aenderung nicht vorgenommen. In der Frage des Beamtenrätegesetzes wurde mit Einmütigkeit der Beschluß gefaßt, an der Forderung auf ein durch Schlichtungsausschüsse gesichertes Mitbestimmungsrecht festzuhalten. Sämtliche Organe wurden neu gewählt; die Bundesleitung besteht aus dem geschäftsführenden Vorsitzenden Postrat Kottader, sowie Rektor Reichert, Obersekretär Fröhlich, Oberrechnungsrat Rinjele, Oberpostinspektor Westermayer, Geschäftsführer Brodhag.

**Deutsches Auslands-Institut.**

(SGB.) Stuttgart, 28. Mai. Die Jahresversammlung des Deutschen Auslandsinstituts nahm einen programmatischen Verlauf. Am Samstag schon tagte unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Paul v. Hinzpeter der Verwaltungsrat. Konsul Dr. Wanner erstattete den Geschäftsbericht, wonach der Mitgliederstand, die Zahl der Ehrenförderer, der Stifter und der lebenslänglichen Mitglieder gestiegen ist. Die Zahl der erteilten Auskünfte ist von 20 000 auf 25 000 gestiegen, worunter 7992 Auskünfte der Auswanderer-Abteilung waren. Der Finanzbericht wurde ebenso wie der Geschäftsbericht genehmigt. In der allgemeinen Aussprache betonte der bayrische Ministerpräsident Dr. v. Knilling, daß das Ausland-Institut nicht nur lokalen und württembergischen Interessen diene, sondern auch den Charakter eines Reichsinstituts trage. Minister Bolz sicherte dem Institut namens der Regierung fernere Unterstützung zu. Zum Verwaltungsrat wurde Ministerialrat Dr. Buhl und Professor Dr. Wetgen in Münster in Westfalen zugewählt.

(SGB.) Schramberg, 30. Mai. Der Verband der Uhrenindustrie und der verwandten Industrie des Schwarzwaldkreises E. B. in Donaueschingen hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 26. Mai im Schwarzwaldhotel in Titisee ab, die äußerst zahlreich besucht war. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband 109 Firmen umfaßt, in denen 26 438 Arbeiter und 2300 Angestellte beschäftigt werden. Die bezahlte Lohnsumme betrug im Jahre 1922 2 1/2 Milliarden Mark gegen 1 1/2 Milliarden im Jahre 1921. In den Vorstand wurden gewählt für das Gebiet des württ. Schwarzwaldes Direktor Richard Landenberger in Schramberg, als dessen Stellvertreter Direktor Bally Haller in Schwenningen; für das Gebiet des badischen Schwarzwaldes Fabrikant Bruno Lauble in Triberg, als dessen Stellvertreter Direktor Albert Wallenstein in Furtwangen. Nach der Hauptversammlung hielt Dr. Ing. Herbert Riensle einen sehr interessanten Vortrag über seinen Besuch bei dem amerikanischen Industriellen Taylor und über dessen System.

(SGB.) Schramberg, 30. Mai. Ein tragisches Geschehnis hat es gewollt, daß dem am Samstag verschiedenen Apotheker Knief am Sonntag dessen ältester Sohn, Kaufmann Josef Knief im Tode nachfolgte. Ein im Felde zugezogenes langwieriges Leiden war die Ursache. Jetzt fand die gemeinsame Beerdigung der Beiden statt, begleitet von einem großen Trauergefolge aus Angehörigen aller Stände.

(SGB.) Schramberg, 30. Mai. Bei einer Feuerwehrrübung wurde ein Knabe in den Rettungsschlauch gesetzt, der diesen im Herabfallen mit einem vorstehenden Stiefelnagel auf etwa 5 Meter Länge aufschlitzte, so daß er 2 Meter über der Erde aus dem Schlauch heraus zu Boden stürzte und bewußtlos liegen blieb. Nachdem sich die Sanitätsleute seiner angenommen hatten, kam der Knabe allmählich wieder zu sich und konnte sich schließlich ohne fremde Hilfe in seine Wohnung begeben. Nennenswerte Verletzungen scheint er nicht erlitten zu haben.

**Wetter für Freitag und Samstag.**

Der neue Hochdruck ist bereits wieder durch eine im Westen aufgezogene starke Störung verdrängt worden. Am Freitag und Samstag ist kübles, trübes, vielfach regnerisches Wetter zu erwarten.

**Geld-, Volks- und Landwirtschaft.**

**Der Kurs der Reichsmark.**

Der Dollar galt gestern 60 651 M., der Schweizer Franken 10 877 M.

**Mehlpreis.**

Die Südb. Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 400 000 M. erhöht.

**Märkte.**

(SGB.) Stuttgart, 29. Mai. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 37 Ochsen, 33 Bullen, 120 Jungbullen, 117 Jungrinder, 137 Kühe, 605 Kälber, 535 Schweine, 105 Schafe. Verkauf wurde alles. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Qualität 4800 bis 5000 (letzter Markt: 4600 bis 4800), 2. 3700 bis 4400 (3600 bis 4200), Bullen 1. 4100 bis 4300 (4000 bis 4200), 2. 3500 bis 3800 (3400 bis 3800), Jungrinder 1. 4900 bis 5200 (4600 bis 4800), 2. 4400 bis 4700 (4000 bis 4400), 3. 3800 bis 4300 (3200 bis 3800), Kühe 1. 3600 bis 4000 (3200 bis 3800), 2. 2500 bis 3200 (2300 bis 2800), 3. 1700 bis 2300 (1600 bis 2100), Kälber 1. 4900 bis 5100 (4700 bis 5000), 2. 4500 bis 4700 (4400 bis 4600), 3. 4000 bis 4400 (3800 bis 4100), Schweine 1. 5900 bis 6100 (5100 bis 5400), 2. 5500 bis 5700 (4800 bis 5000), 3. 5000 bis 5400 (4200 bis 4500) M. Verlauf des Marktes: bei Schweinen lebhaft, sonst mäßig belebt. (SGB.) Leutkirch, 30. Mai. Der Schranne wurden zugeführt: 380 Kilo Gerste und 876 Kilo Haber. Verkauft wurde alles. Erlös für Gerste 134—140 000 M., für Haber 100—134 000 M. je pro Doppelzentner.

## Eine Krise im württ. landw. Hauptverband.

Der Direktor des Landw. Hauptverbands ersucht uns um Aufnahme folgender Ausführungen:

Neber eine Krise, die der Landw. Hauptverband dem Namen nach, in Wirklichkeit aber die wirtschaftspolitische Einigkeit des Bauernstandes in Württemberg zur Zeit durchmacht, ist in den letzten Tagen manches in die Öffentlichkeit gedrungen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Wahl des Vorsitzenden (Präsidenten) des Landw. Hauptverbands, die sachungsgemäß vom Landesauschuss vorzunehmen ist. Diese Wahl ist anlässlich der Landwirtschaftswoche erfolgt und hat zu einem strittigen Ergebnis geführt. Deshalb wird eine zweite Wahl stattfinden. In der „Schwäbischen Tageszeitung“ und im „Schwäbischen Landmann“ hat der Reichstagsabgeordnete Körner gegen eine Erklärung Stellung genommen, die der jetzige Präsident des Landw. Hauptverbands, Schultheiß a. D. Maunz, am Schluss der Landwirtschaftswoche abgegeben hat. Durch diese Stellungnahme des Herrn Körner ist bereits für einen großen Teil der württembergischen Bauern, welche die Sache allein ja nur angeht, eine Klarstellung im weitesten Sinne des Wortes erfolgt. Herr Reichstagsabgeordneter Körner ist nicht Mitglied geschweige denn Vorstandsmitglied im Landw. Hauptverband. Er ist aber maßgebender Führer im Württ. Bauern- und Weingärtnerbund und als solcher befaßt er sich mit den gegenwärtig sich abspielenden Vorgängen im Landw. Hauptverband. Dieses Eingreifen bedeutet nichts anderes als den Beweis dafür, daß dem politischen Bauernbund alles daran liegt,

im politisch neutralen Hauptverband einen solchen Einfluß und eine solche Bedeutung zu erhalten, daß der Hauptverband als solcher zuerst ein gefügiges Werkzeug des Bauernbundes würde und binnen kurzem selbstverständlich im Bauernbund überhaupt aufginge, also zu bestehen aufhörte. Damit wäre dann die Herrschaft des Jungkörnertums in Württemberg auf absehbare Zeit beseitigt und ein Widerstand aus bäuerlichen Kreisen gegen eine solche Diktatur würde sich nicht erheben, weil die nicht körnerisch gesinnten Bauern — und das ist in Württemberg die überwiegende Mehrzahl — ohne stoßkräftige Organisation völlig lahmgelegt wären. Schon die im Landesauschuss durchgeführte, in Durchführung und Ergebnis aber strittige Vorstandswahl sollte diesem Zweck dienen. Sie war eine Wahl von einwandfrei nachweisbar parteipolitischem Charakter. Der aus ihr sich ergebende Gegenstand ist nicht persönlicher Art, wie Herr Körner als Sachwalter seines im Hintergrund sich haltenden Auftraggebers und lediglich aus taktischen Gründen behauptet, sondern er ist durchaus sachlich. Es ist der Gegensatz zweier Systeme, nämlich des bisherigen auf der Basis politischer Neutralität und der der organisatorischen Selbständigkeit des Hauptverbands und des vom Bauernbund gewünschten, der einseitig parteipolitischen Einstellung in körnerisch-bündlerischem Sinn mit Hingabe der Organisation von Herrn Körner. Das erste System ist verkörpert im Namen Maunz und das zweite in den Namen Körner-Ströbel (Landwirtschaftskammer)-Dielen. Unsere Landwirte stehen zur Zeit vor der Wahl, ob sie ihre unabhängige Standesorganisation kurze Zeit nach der erfolgten Einigung aufgeben wollen oder ob

sie beizubehalten ist. Das letztere allerdings wäre dem Bauernbund sicher so unangenehm, daß er den bisher verfechteten Kampf gegen den Landw. Hauptverband offen und mit allen Mitteln aufnehmen würde.

Herr Schultheiß a. D. Maunz klebt nicht am Amt des Präsidenten für den Landw. Hauptverband, wie Herr Körner behauptet, und weder krankhafter Ehrgeiz noch wirtschaftliche Gründe in seinem persönlichen Interesse sind für seine Stellungnahme gegen das neue System maßgebend, das einzuführen beabsichtigt wird. Er tut nur seine Pflicht und übt ein durch nichts ihm abzustreitendes Recht aus, wenn er gegen die Verwirklichung dieser Absichten die gleichbedeutend sind mit der Sprengung des Hauptverbands, Front macht. Die nächste Zeit schon wird lehren, daß seine Stellungnahme in allen Teilen richtig war und wenn es ihm gelingt, das von ihm vertretene und in seinem Namen verkörperte System der politischen Neutralität für den Hauptverband zum Sieg zu führen, so hat er den württembergischen Bauern einen Dienst geleistet, der ebenso hoch zu bewerten ist, als die von Herrn Maunz gegen die ungeheuerlichsten Widerstände aus dem gleichen Lager zu Stande gebrachte wirtschaftspolitische Einigung der bis vor kurzem noch in zwei Lager geteilten württembergischen Bauernschaft. Der Weg, den er dabei gehen muß, ist allerdings schwer und es ist wohl zu fragen, ob nicht gerade seine Gegner vielfach das leitet, was ihm als Grund seines Verbleibens im Amt hämisch vorgeworfen wird, nämlich Ehrgeiz und Gewinnsucht.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der H. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Verkauf von Büchsenfleisch**  
am Freitag, den 1. Juni 1923, nachm. von 2-4 Uhr.  
Preis 4000 Mark für das Pfund.  
Den 30. Mai 1923.  
Stadtspflege Calw.

**Abgabe von Braunkohle.**  
Die ausgegebenen Gutscheine auf Braunkohle sind, soweit noch nicht gegeben, alsbald im Gaswerk einzulösen.  
Den 30. Mai 1923.  
Stadtspflege Calw.

**Amtsgericht Calw.**  
Handelsregisteramt am 30. Mai 1923: die Firma Franz Bombolowski in Bochum, Zweigniederlassung in Liebenzell. Inhaber: Franz Bombolowski, Kaufmann in Bochum.

Calw, den 31. Mai 1923.  
**Todes-Anzeige.**  
Teilnehmenden Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere innig geliebte Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Theresia Rüdinger**   
nach langem, schmerzvollen Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, im Herrn entschlafen ist.  
Im Namen d. tieftrauernd. Hinterbliebenen:  
der Vater:  
**El. Rüdinger, Förster a. D.**  
Beerdigung Freitag Nachmittag 4 Uhr vom Trauerhaus aus.

**Urteil.**  
In der Strafsache gegen  
1. den am 29. Januar 1876 in Alchalden geb. in Simmersfeld wohnhaften verheirateten Bauern und Metzger  
**Johannes Wurster,**  
2. den am 27. August 1877 in Hoffelt Gemeinde Neuweiler geb. und dort wohnhaften verheirateten Holzhauer  
**Friedrich Mast,**  
wegen Schleichhandels, hat das Schöffengericht in Calw in Sitzung vom 16. Mai 1923, an welcher teilgenommen  
Amtsrichter Dr. Otto als Vorsitzender, Gottfried Douglas, Gemeindepfleger in Deckenspronn, Benjamin Kleinbud, Zimmermann und Gemeinderat in Sonnenhardt als Schöffen, Amtsanwalt Pfizenmaler von Neuenbürg als Beamter der Staatsanwaltschaft, Not-Prakt. Schlotterbeck als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt:  
Die Angeklagten werden wegen je eines Vergehens des Schleichhandels je  
**zu der Gefängnisstrafe von 6 Wochen**  
und außerdem  
der Angeklagte Wurster zu der Geldstrafe von 350 000 Mark, evtl. 35 Tage Gefängnis, der Angeklagte Mast zu der Geldstrafe von 250 000 Mark, evtl. 25 Tage Gefängnis, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.  
Das Urteil ist auf Kosten der Angeklagten im Calwer Tagblatt öffentlich bekannt zu machen.  
(geg.) Amtsrichter Dr. Otto.  
Vorstehende Abschrift wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.  
Calw, den 29. Mai 1923.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Calw:  
Notar-Prakt. Schlotterbeck.

In der Teinachstraße ging silberne  
**Damenuhr**  
mit Lederarmband  
verloren.  
Gegen Belohn. abzugeben in der Geschäftsst. ds. Bl.

**Lachschinken, Saftschinken, Schinkenpeck, Rippenpeck.**

**Fleisch- und Wurst-Konserven wie:**  
Rindfleisch im eigenen Saft, Ochsenzungen, Schweinezungen, Schweinekamm, Schweine-Kleinfleisch, Halberstädter Würstchen, Bockwurst, Mortadella.  
Verschied. Sorten frischer Wurstwaren.

**Käse aller Art. Frische Süßbutter, Margarine.**

**Erstkl. Qualitätsware in Leigwaren**

**Loose Suppen usw.**  
kaufen Sie zu billigsten Preisen bei  
**Frig Freudenberger**  
Lebensmittelgeschäft, Bahnhofstraße.

**Wohnungstausch.**  
Wer tauscht eine  
**3-Zimmerwohnung**  
gegen  
**2-Zimmerwohnung.**  
Anzugskosten werden teilweise vergütet.  
Näheres Bahnhofstr. 523.

4 Paar getragene  
**Herrentiefel**  
Größe 42, 43 und 44, sowie einen gebrauchten  
**Gasherd**  
verkauft. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

**Schmied.**  
Samstag, 2. Juni 1 Uhr verkaufe einen Wert-reine starke ans Fressen gewöhnte  
**Milchschweine.**

**alte Gebisse**  
Zahl pro Zahn 3-6000 // für Brennstoffen. Sitzzähne sehr hohe Preise.  
Adressen wollen auf der Geschäftsstelle ds. Bl. abgegeben werden.  
Kalmbach.

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten Calw. General-Versammlung**  
am Samstag, den 2. Juni 1923, abends 8 Uhr, im hiesigen Kaffeehaus.  
Tagesordnung: Jahresbericht, Wahlen, Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
Der Vorsitzende: Bajer.

**Altburg.**  
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 2. Juni und Sonntag, den 3. Juni 1923 stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
in unser elterliches Haus, Gasthaus zum „Ochsen“ hier, freundlichst einzuladen.  
**Georg Kusterer,**  
Sohn des † Michael Kusterer, Ochsenwirt, hier.  
**Lina Luz,**  
Tochter des † Karl Luz, Säger, hier.  
Kirchgang 12 Uhr.  
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

**Unterhaugstett.**  
Verwandte, Freunde und Bekannte laden wir zu unserer am Samstag, den 2. Juni 1923 stattfindenden  
**kirchlichen Trauung**  
herzlich ein.  
**Jakob Pötterle**  
Monakam.  
**Katharina Kalmbacher**  
Unterhaugstett.  
Kirchgang 12 Uhr in Monakam.

Ehrliches  
**Mädchen**  
für sämtl. häusliche Arbeiten (Kochen kann erlernt werden) in Einfamilienhaus bei sehr guter Bezahlung  
**so ort gesucht.**  
Frau Otto Kaiser, Pforzheim, Sonnenbergstraße 1, Post Dillstein.

Ein ehrliches, fleißiges  
**Laufmädchen**  
gesucht, bei gutem Lohn, auf einige Vormittagsstunden.  
Zu erfragen  
Bahnhofstraße 543.  
Schwarzenberg.  
Suche einen jüngeren  
**Knecht**  
für Landwirtschaft.  
J. Volle.

Kaufe  
**alte Gebisse**  
Zahl pro Zahn 3-6000 // für Brennstoffen. Sitzzähne sehr hohe Preise.  
Adressen wollen auf der Geschäftsstelle ds. Bl. abgegeben werden.

Verkaufe am Samstag, den 2. Juni von 2 Uhr an  
**1 Bettlade**  
mit Bettrost u. eingearbeitet. Matröße.  
**1 Bettlade**  
mit Bettrost, alles sehr gut erhalten  
**Carl Hoferer, Calw,**  
Schloßstraße 675.

**Lichtspieltheater Badischer Hof.**  
Heute Donnerstag abend 8 Uhr  
**Das verschwundene Diadem**  
in 6 Akten  
mit Henny Porten-Sporfilm.

**Gesangverein „Liederkrantz“ Althengstett.**  
Einladung zum  
**23. Gaujängerfest**  
des Westgaujängerbundes,  
mit Gesangswettstreit,  
am Sonntag, den 3. Juni 1923.  
37 wettsingende Vereine.  
Chrengesänge.  
**Programm:**  
Sonntag: 5 Uhr: Tagwacht.  
Von 6 Uhr ab: Empfang der Gäste.  
7 Uhr: Beginn des Wettgesangs im Festplatz.  
1 1/2 Uhr: Aufstellung zum Festzug in der Bahnhofstraße (über 50 Vereine).  
Auf dem Festplatz Ansprachen, Gaumassenspiele, Chrengesänge, Liedervorträge der einzelnen Vereine.  
8 Uhr: Preisverteilung.  
Abends: Festball.  
**Ertrazüge nach Althengstett.**  
Morgens: Pforzheim ab etwa 5.20, Calw an 6.20, Calw ab 6.30, Althengstett an 6.50, Stuttgart ab etwa 4.20, Althengstett an 6.00  
Abends: Althengstett ab etwa 7.15, Calw an 7.30, Calw ab 7.40, Pforzheim an 8.35, Althengstett ab etwa 7.40, Stuttgart an 9.30.  
Montag: Kinderfest mit Umzug.  
Das Fest findet bei jeder Witterung statt.

**Einj. möbl. Zimmer sofort gesucht!**  
Gest. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Altmetall**  
Haupteinkaufsstelle  
**Kraus & Döring**  
überbietet alle Preise, die in den Tageszeitungen kommen. Geschirrginn Liebhaberpreis.  
**Stuttgart**  
Obere Bachstraße 29. Telephon 5728